



Björn Kietzmann

Demonstration für die Freilassung von Mumia Abu-Jamal in BerlinBerlin.

Mehr als 200 Demonstranten zogen am Samstag in Berlin zur US-Botschaft am Pariser Platz. Lautstark bekräftigten sie ihre Solidarität mit Mumia Abu-Jamal und protestierten gegen die Todesstrafe. Die Demonstration fand anlässlich des 29. Jahrestages der Verhaftung des afroamerikanischen Journalisten in den USA statt. Weitere Kundgebungen gab es in Hamburg und Hildesheim. Mumia Abu-Jamal wird beschuldigt, einen Polizisten ermordet zu haben und ist seit 29 Jahren durch die Todesstrafe bedroht. »Natürlich haben wir mehr Leute erwartet«, sagte am Sonntag ein Sprecher des Berliner Mumia-Bündnisses gegenüber junge Welt. Die Aktion sei dennoch ein Erfolg gewesen. Viele Passanten seien durch Flugblätter über das Schicksal Mumia Abu-Jamals informiert worden und hätten sich der »sehr kämpferischen Demo« zum Teil spontan angeschlossen. Darüber hinaus habe es Beiträge zu weiteren Repressionsfällen gegeben, zum Beispiel zu den ebenfalls in den USA inhaftierten »Cuban Five«. Vor der Aeroflot-Filiale Unter den Linden protestierten die Teilnehmer gegen die kürzlich durchgeführten Massenabschiebungen nach Vietnam.

(jW)

Für die Abschaffung der Todesstrafe

Die Teilnehmer einer Demonstration für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal wandten sich am Samstag in Berlin mit folgender Stellungnahme an den US-Botschafter Philip D. Murphy:

Wir sind heute hier versammelt, weil wir wütend über die anhaltende Inhaftierung des Autors und Journalisten Mumia Abu-Jamal im Todestrakt sind. Mumias heutiger 29. Haftjahrestag zeigt auf, wie schwer es für Afroamerikanerinnen und -amerikaner weiterhin ist, die ihnen von der US-Verfassung versprochene »Verwirklichung der Gerechtigkeit« zu erfahren.

Es ist wiederholt nachgewiesen worden, daß Rassismus, illegale Beeinflussung der Jury durch Richter und Staatsanwalt sowie die politischen Ansichten Mumias die treibenden Faktoren im ursprünglichen Verfahren und seiner Verurteilung von 1982 waren.

Vor einem Jahr überbrachten wir Ihnen hier an dieser Stelle die Aufforderung, sich bei Ihrer Regierung im Fall Abu-Jamal einzusetzen. Darüber hinaus regten wir an, daß Abu-Jamal für die 29 gestohlenen Jahre seines Lebens eine Kompensation erhält. Warum weigern sich Präsident Obama und Justizminister Holder, als ersten Schritt eine Bürgerrechtsuntersuchung über den Rassismus in Abu-Jamals Verfahren einzuleiten, wie es von vielen US-Organisationen gefordert wird? Das fordern unter anderem die Kampagne zur Beendigung der Todesstrafe sowie Amnesty International.

Wir fordern die Abschaffung der Todesstrafe und die Beendigung der modernen Sklaverei, wie sie im gefängnis-industriellen Komplex deutlich wird, sowie die Abschaffung der »Drei Vergehen und du bist raus«-Regeln. Die letzteren verstehen wir als Mittel der Unterdrückung gegen den großen Teil der US-Bevölkerung, welcher in Armut lebt.

Weltweit präsentiert sich die Regierung der Vereinigten Staaten als eine treibende Kraft im Kampf für Demokratie und Menschenrechte. In ihrem eigenen Land jedoch scheint dieselbe Regierung nicht in der Lage zu sein, die rechtlichen Grundlagen eines fairen Prozesses zu gewährleisten.

Präsident Obama hat in seiner bisherigen Amtszeit nichts getan, um die unmenschlichen Umstände, unter denen Insassen leben und als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden, zu verbessern. Ebenso ermordet der Staat weiterhin mit kalkulierter Grausamkeit seine Todehäftlinge. Die von Obama versprochenen Veränderungen grenzen die aus, welche US-weit in Gefängnissen und Todestrakten eingesperrt sind. Wir werden weiterhin die Öffentlichkeit über diese schweren Verstöße gegen die Menschenrechte durch die US-Regierung informieren.